

## Umsetzung Kommunales Investitionsprogramm in Bayern (Konjunkturpaket II)

Positionspapier der SPD-Landtagsfraktion

04.02.09

### 1. Kommunales Investitionsprogramm ist Erfolg der SPD in Bund und Land!

Das kommunale Investitionsprogramm mit 1,9 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionsmaßnahmen im Bereich Bildung und Infrastruktur ist ein großer Erfolg der SPD in Bund und Land. Das Konzept von Frank-Walter Steinmeier hat sich in vollem Umfang durchgesetzt. Jedes Projekt, das mit diesen Mitteln in Bayern in den nächsten drei Jahren realisiert wird, ist nur durch die SPD ermöglicht worden.

Auch die SPD-Landtagsfraktion hat erfolgreich Druck gemacht, durch ihre frühzeitige Forderung nach einem starken Beitrag des Freistaates Bayern zur Stärkung der Kommunalen Investitionen (SPD-Antrag Bayerischer Rettungsschirm). Jetzt muss auch die CSU/FDP-Staatsregierung in Bayern 477 Millionen Euro zusätzlich als Eigenanteil für die Stärkung der Konjunktur zur Verfügung stellen. Damit ist ein Teilerfolg des SPD-Antrages bereits erreicht.

### 2. Keine Tricks der Staatsregierung beim Investitionsprogramm!

Es ist zu befürchten, dass der Freistaat seinen Finanzierungsanteil in Höhe von 477 Millionen Euro nicht zusätzlich erbringt, sondern durch bereits im Entwurf des Doppelhaushalts vorgesehene Ausgaben ersetzt.

Die SPD fordert deshalb:

- Bei den 1,9 Milliarden Euro handelt es sich um zusätzliche Mittel, die nicht bereits schon geplante staatliche Ausgaben, die im Entwurf des Doppelhaushaltes 2009/2010 vorgesehen sind, ersetzen.
- Der Bayerische Anteil in Höhe von 477 Millionen Euro wird in voller Höhe zusätzlich in den Doppelhaushalt 2009/2010 aufgenommen.
- Es werden keine im Entwurf des Doppelhaushalts bereits eingestellten Investitionsmittel verwendet, um den bayerischen Finanzierungsanteil aufzubringen.
- Die bayerischen Kommunen werden zur Finanzierung des Bayerischen Anteils nicht herangezogen.

### 3. Das gesamte Geld muss in die Kommunen!

Nach dem derzeitigen Stand des Gesetzesentwurfs im Bund sowie der Verwaltungsvereinbarung Bund-Länder (§ 1 Abs. 3) sollen mindestens 70 % der Mittel zur Finanzierung kommunalbezogener Investitionen bereit gestellt werden. Die Länder sind aber frei, höhere Anteile für kommunale Investitionen bereit zu stellen.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, dass nicht nur 70 %, sondern 100 % der Mittel aus dem

Investitionsprogramm tatsächlich in die bayerischen Kommunen fließen. Andernfalls würde der Freistaat Bayern mehr vom Programm des Bundes profitieren als es seinem eigenen Finanzbeitrag entspricht. Nachdem der Freistaat Bayern in der Vergangenheit seinen Haushalt auf Kosten der Kommunen saniert hat, gilt für uns: Das gesamte Geld muss in die Kommunen!

Unser Vorschlag für die Verteilung:

- 70 % (= 1,335 Milliarden Euro) verteilt je Einwohner Städte und Gemeinden
- 15 % (= 286 Millionen Euro) für finanzschwache Städte und Gemeinden
- 15 % (= 286 Millionen Euro) für Landkreise, vorrangig Bildungsinvestitionen.

#### **4. Alle 2060 Kommunen müssen vom Sonderprogramm profitieren!**

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, dass alle 25 kreisfreien Städte und alle 2031 kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten Bayerns vom Sonderprogramm profitieren. Von jeder Kommune soll ein Konjunkturimpuls ausgehen, in jeder Kommune gibt es Investitionsbedarf für Maßnahmen im Bereich Bildung und Betreuung oder bei der kommunalen Infrastruktur. Damit wird auch die kommunale Selbstverwaltung gestärkt: Die Kommunen sollen innerhalb der vorgegebenen Kriterien frei darüber entscheiden, wo wie viele Mittel eingesetzt werden.

Wichtig ist der SPD dabei ein breit angelegtes Verständnis von Investitionen in Bildung, dazu gehören für uns z.B. auch die Schulwegsicherheit und Schulsportanlagen. Die von der Staatsregierung geplante Verengung auf bestimmte Schwerpunkte lehnen wir ab. Deswegen fordert die SPD-Landtagsfraktion, dass 70 % der Mittel aus dem Konjunkturpaket (= 1,335 Milliarden Euro) anteilig nach Einwohnerzahl auf die Kommunen verteilt werden. Damit ist sichergestellt, dass wirklich alle Städte und Gemeinden in Bayern am Konjunkturprogramm teilhaben und vom Geld des Bundes und des Landes profitieren. Diese Verteilung der Gelder an die Kommunen ermöglicht es auch, dass überall die regionale Wirtschaft gestärkt, Arbeitsplätze vor Ort gesichert und geschaffen und die Gelder in der Region bleiben.

Hinweis: Die alternativ in Betracht kommende Verteilung nach den Kriterien der Schlüsselzuweisungen ist für eine einmalige Zuweisung sehr problematisch, da dann viele Kommunen durch die zufälligen Schwankungen nicht oder kaum am Konjunkturprogramm profitieren.

#### **5. SPD fordert schnelles, unbürokratisches, gerechtes und transparentes Verfahren!**

Die SPD-Landtagsfraktion fordert ein schnelles, unbürokratisches, gerechtes und transparentes Verfahren. Der derzeit von der CSU/FDP und Ministerpräsident Seehofer beschrittene Weg ist wenig transparent und lässt nichts Gutes für eine sachgerechte Auswahl bei den geförderten Kommunen und Projekten erwarten. Außerdem muss sichergestellt sein, dass die Kommunen nicht mit unnötigen Verwaltungsaufwand für langwierige Verfahren für die Fördermittel belastet werden. Der Verwaltungsaufwand muss auf das notwendige Minimum begrenzt sein.

Wir wollen die Gelder wie folgt verteilen:

- Für alle Gemeinden werden mindestens 70 % Mittel anteilig je Einwohner zur Verfügung gestellt (= ca. 106 Euro je Einwohner).
- Jede Gemeinde erhält einen klaren Kriterienkatalog, welche Investitionen damit getätigt werden können. Die Vorgaben des Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes (KomInVP) und der zugehörigen Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern sind einzuhalten.

- Die Kommune wählt die konkreten Projekte nach Maßgabe der Kriterien aus, die Bezirksregierung muss lediglich noch bestätigen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen dem Kriterienkatalog entsprechen.
- Unmittelbar danach kann die Kommune die Maßnahme beginnen bzw. Ausschreibungen vornehmen.
- Für Kommunen, die aufgrund ihrer besonderen Struktur den Kriterienkatalog der Bund-Länder-Vereinbarung nicht erfüllen können, erfolgt eine Förderung durch den Freistaat Bayern mit den von der SPD geforderten zusätzlichen Mittel (s.u.).
- Der kommunale Eigenanteil sollte 30 % nicht übersteigen und kann bei finanzschwachen Kommunen bis auf 10 % reduziert werden.
- Die Genehmigung von Nachtragshaushalten muss durch großzügige Handhabung sichergestellt werden.
- Die in der Bund-Länder-Vereinbarung vorgegebenen Investitionsanteile (65% Bildung, 35 % Infrastruktur) wird nach Voranmeldung der Kommunen durch die Koordination der Bezirksregierungen sichergestellt.

#### 6. Mittel für finanzschwache Gemeinden/ Mittel für Landkreise

15 % der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsprogramm (286 Millionen Euro) sollen nach dem Willen der SPD-Fraktion für besonders finanzschwache Städte und Gemeinden mit hohem Investitionsbedarf zur Verfügung stehen.

15 % der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsprogramm (286 Millionen Euro) fließen SPD in die Landkreise. Die Mittel sollen dort schwerpunktmäßig die Bildungsinfrastruktur fördern. Die Verteilung erfolgt nach Schülerzahlen der von den Landkreisen als Sachaufwandsträger zu betreuenden Schulen.

#### 7. Bayern darf nicht hinter dem Bund zurückbleiben! SPD fordert insgesamt 1,4 Milliarden aus dem Haushalt des Freistaats für das Investitionsprogramm!

Für das Kommunale Investitionsprogramm stellt der Bund 1,4 Milliarden, der Freistaat Bayern bislang 477 Millionen zur Verfügung. Die SPD-Landtagsfraktion fordert, dass der Freistaat Bayern mindestens den gleichen Betrag wie der Bund für zusätzliche Investitionen zur Stützung der Konjunktur bereit stellt.

Der bereits im November eingebrachte Antrag der SPD-Landtagsfraktion „Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze –Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung“ sieht 670 Millionen Euro für zusätzliche Investitionen im Jahr 2009 gegenüber dem Entwurf der Staatsregierung vor:

##### Für kommunale Investitionen 220 Millionen:

- Bau und Sanierung von Schulen: zusätzlich 14,4 Millionen Euro
- Mittel Kfz-Steuer für die kommunale Infrastruktur: zusätzlich 62,9 Millionen Euro
- Krankenhausfinanzierung: zusätzlich 77,5 Millionen Euro
- Sanierung kommunaler Bäder: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Dorferneuerung und Städtebauförderung: zusätzlich 40,6 Millionen Euro

##### Für staatliche Investitionen

- Hochschulbau und Hochschulsanierung: zusätzlich 122,6 Millionen Euro
- Unterhalt und Bau von Staatsstraßen: zusätzlich 101,1 Millionen Euro
- Hochwasserschutz: zusätzlich 40 Millionen Euro
- Energetische Sanierung von staatlichen Gebäuden: zusätzlich 15 Millionen Euro

##### Für Investitionen in die soziale Infrastruktur

- Landesplan für Altenhilfe: zusätzlich 50 Millionen Euro
- Landesbehindertenplan: zusätzlich 30,1 Millionen Euro
- Wohnungsbau: zusätzlich 45 Millionen Euro

Die SPD-Landtagsfraktion wird fordern, dass gegenüber dem Entwurf der Staatsregierung für das Jahr 2010 zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 500 Millionen Euro für kommunale und staatliche Investitionen bereit gestellt werden. Mittel aus diesem Programm sollen auch den Gemeinden zur Verfügung stehen, die den Kriterienkatalog der Bund-Länder-Vereinbarung nicht erfüllen können.

Damit stünden in den Jahren 2009 mit 2011 insgesamt 3 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionsmaßnahmen in Bayern zur Verfügung, um den Sanierungsstau aufzulösen und die Konjunktur zu fördern.

#### **8. Umfassende Beteiligung des Bayerischen Landtags!**

Die SPD fordert eine umfassende Beteiligung des Bayerischen Landtags. Der vom Ministerrat am 21. Januar beschlossene Verfahrensweg zur Umsetzung des Kommunalen Investitionsprogramms ist ein Skandal. Am Bayerischen Landtag vorbei, der allein die Budgethoheit für die Bereitstellung von bayerischen Geldern hat, sollen die Kriterien und die Projektschwerpunkt festgelegt werden! Deswegen fordert die SPD-Landtagsfraktion, dass nicht die Staatsregierung, sondern der Landtag das Umsetzungskonzept berät und über das weitere Verfahren und die inhaltlichen Schwerpunkte beschließt.

Volkmar Halbleib, MdL, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Helga Schmitt-Bussinger, MdL, Kommunalpolitische Sprecherin

Adelheid Rupp, Haushaltspolitische Sprecherin